

Netto Null – aber wie?

Vergangenen Samstag waren wieder grosse Klimademonstrationen. Die Forderung: Netto Null CO₂ bis ins Jahr 2030. In verschiedenen Städten und Kantonen wurden entsprechende Vorstösse eingereicht. Doch ist dieses Ziel überhaupt möglich? Und wie?

Min Li Marti

In verschiedenen Städten und Kantonen wurde der Klimanotstand ausgerufen. In der Stadt Zürich gehen die Fraktionen von SP, Grünen, GLP, AL und EVP einen Schritt weiter: Sie wollen, dass sich die Stadt das Ziel in der Gemeindeordnung setzt, bis ins Jahr 2030 eine Reduktion des CO₂-Ausstosses pro Einwohnerin und Einwohner und Jahr auf netto Null zu erreichen. Netto Null bedeutet, dass das ausgestossene CO₂ kompensiert werden muss. Am Samstag kommentierten Martin Läubli und Stefan Häne im «Tages-Anzeiger»: «Wer suggeriert, das wäre wie im Fall Zürich in zehn Jahren machbar, macht sich unglaublich unwürdig.» Das sei keine ernst zu nehmende Politik. P.S. wollte von den MotionärInnen und von ExpertInnen wissen, ob das Ziel erreichbar ist und wie das zu machen sei.

In städtischer Hand?

Markus Kunz, Fraktionschef Grüne meinte auf Anfrage: «Diese Art von Zielsetzung ist vergleichbar mit der Orientierung nach dem Polarstern: Wir werden ihn nicht erreichen, aber wir peilen ihn trotzdem an.» Wenn das Ziel in der Verfassung der Stadt Zürich stehe, müsse diese alles dafür tun, um es zu erreichen. Man gibt mit der Motion dem Stadtrat die Möglichkeit, auch mit einer eigenen Lösung zu kommen. Das sieht auch Ernst Danner, Fraktionschef der EVP so: Das Ziel erscheine utopisch, sei aber nötig, um Druck zu erzeugen. Die Lösungen seien vorhanden, aber sie lägen nicht nur in der Hand der Stadt, meint Markus Kunz: «Wir müssen etwa sämtliche fossilen Energien substituieren. Das heisst, wir ersetzen im stationären Bereich alle Erdgasheizungen zum Beispiel durch Fern- und andere Abwärme und wir verbieten Ölheizungen.» Dazu brauche man aber ein kantonales Energiegesetz. Man müsse auch einen

Entschädigungsfonds bilden, wenn man jetzt funktionierende Heizungen grossflächig ersetzen wolle. Hier setzt auch Davy Graf, Fraktionschef der SP ein: «Die Zielerreichung wird die Stadtkasse belasten und das wird auch nicht ohne die aktive Mitarbeit der Bevölkerung funktionieren. Daher ist es wichtig, dass dies mit einer Volksabstimmung klar in Auftrag gegeben wird.» Graf ärgert sich darüber, dass diese Forderung als unrealistisch abgetan wird. Sie entspreche immerhin den Pariser Klimazielen, beziehungsweise dem dort für Industrieländer geforderten Absenkpfad: «Angesichts der Mittel, welche der Stadt Zürich im Vergleich zu anderen Ländern zur Verfügung steht, ist es unverantwortlich, wenn wir nicht versuchen, mit gutem Beispiel voranzugehen.» Simone Brander, Vizepräsidentin der SP-Fraktion ergänzt: «Das Ziel Netto Null erlaubt es, uns Diskussionen darüber zu starten, wie wir die Zielerreichung angehen wollen.» Die Fraktionschefin der Grünliberalen, Isabel Garcia, ist optimistisch: «Es braucht den Willen, unkonventionelle Lösungen voranzutreiben. Die Bereitschaft ist da, dies zu tun.» Die Stadt könne Unternehmen und Forschung einbinden und fördern, die Lösungen für fossilfreie Technologien anbieten: «Als Wirtschafts- und Bildungsstandort ist die Stadt Zürich hier bestens aufgestellt.»

Mobilität als Hebel

Das Problem ist laut Marcel Hänggi, Vater der Gletscherinitiative, dass vieles nicht in der Hand der Stadt liege: «Sehr vieles, was Emissionen verursacht, wird von kantonaler oder nationaler Politik bestimmt.» Die Stadt könne trotzdem etwas tun: «Wichtig finde ich, dass die Stadt überall dort Null anstrebt, wo das in ihrer Macht liegt – sei es über die Gemeindeordnung, sei es über eine sinnvolle Stadt- und Verkehrsplanung, sei es als Betrei-

berin oder Besitzerin von Stadtwerken, sei es als Anlegerin, sei es als Bauherrin, sei es als Aktionärin des Flughafens.» Eine intelligente Suffizienzpolitik sei nichts anderes als Effizienzpolitik auf systemischer Ebene: «Es geht weniger darum, mehr richtig, als weniger falsch zu machen.» Das heisst in Bezug auf Mobilität beispielsweise, dass man Fehlanreize wie Parkplatzmindestvorschriften beseitigen und die Stadt konsequent auf Gehgeschwindigkeit ausrichten soll. Beim Verkehr sieht auch Anja Kollmuss vom Verband Swisstech einen grossen Hebel: «Ein Drittel der CO₂-Emissionen stammt aus dem Verkehr.» Im Gebäudebereich habe sich die CO₂-Abgabe als effektiv erwiesen, allerdings sei die Sanierungsrate immer noch zu tief. Es brauche nun zusätzlich eine Abgabe im Bereich Mobilität. Das habe auch Auswirkungen darauf, wie wir unser Leben führen. **«Seit dreissig Jahren hat sich nur sehr wenig getan. Die Jugend will jetzt Resultate sehen.»**

Markus Kunz, Fraktionspräsident
Grüne

ben führen. «Das ist eine schwierige Diskussion, aber die Physik ist klar». Sie begrüsst aber grundsätzlich, dass Städte und Kantone jetzt mit politischen Vorstössen Druck machen: «Es wäre hilfreich, wenn Städte und Kantone den Mut haben, wirklich voraus zu gehen.»

Aus der Luft filtern?

Neue Technologien sollen laut Jonas Hostettler, Co-Präsident der SP-internen Umweltkommission und Mitgründer der schweizerischen Gruppe «Eltern fürs Klima», dabei helfen,

das Netto-Null-Ziel zu erreichen. Diese neuen Technologien ermöglichen es, CO₂ aus der Luft zu filtern und sicher in geeignete Gesteinsformationen einzulagern (siehe auch Artikel von Bastien Girod auf s. 14–15). Alle 1,5 Grad Szenarien des Weltklimarats IPCC gehen davon aus, dass künftig CO₂ in grossen Mengen wieder aus der Atmosphäre entnommen werden muss. Hostettler findet, die Schweiz solle in dieser Technologie massiv vorangehen, so wie Deutschland in die Entwicklung von Solarenergie investiert und dieser damit den weltweiten Durchbruch ermöglicht habe. Es werde künftig ein enormer Bedarf an dieser Technologie vorhanden sein.

Anja Kollmuss gibt allerdings zu bedenken, dass diese Technologie unglaublich energieintensiv und teuer ist. Eric Nussbaumer, Energiepolitiker der SP meint, dass diese Technologie erst im Forschungsstadium sei. Der heute zu tiefe CO₂-Preis verunmögliche hier auch die entsprechenden Investitionen. Es sei effizienter, dafür zu sorgen, dass die Emissionen nicht entstehen. So schlägt er neben dem Ersatz von Ölheizungen vor, dass die Fahrzeugflotte der Stadt zu 100 % auf elektrisch und erneuerbar umgestellt wird. Bei der Erdgasversorgung soll der Anteil Biogas bis 2025 auf 30 Prozent angehoben werden. In der Energieplanung der Stadt Zürich ist heute vorgesehen, bis 2045 einen Biogasanteil von 45 Prozent zu erreichen. Dass es verschiedene Strösse von Massnahmen braucht, sind sich alle einig, ebenso, dass die Zeit drängt. «Ich bin seit 30 Jahren im Nachhaltigkeitsbereich unterwegs», meint Markus Kunz: «Seit 30 Jahren hat sich nur sehr wenig getan. Die Jugend will jetzt endlich Resultate sehen.»